



Stellungnahme der Österreichischen Evangelischen Allianz zur parlamentarischen Bürgerinitiative #FAIRÄNDERN – Bessere Chancen für schwangere Frauen und für ihre Kinder (54/BI)

Frauen mit Konfliktschwangerschaften fühlen sich häufig allein oder leiden unter Druck von außen.

Was in der Debatte rund um das Selbstbestimmungsrecht bei einer Konfliktschwangerschaft oft vergessen wird: Viele Frauen stehen unter massivem Druck, der von außen kommt: durch den Partner, die Eltern oder Angehörige. Es geht um Probleme, die eigentlich nicht die Frau, sondern andere mit ihrem Kind haben. Gerade die Forderungen der Bürgerinitiative #fairändern können für betroffene Frauen eine wirkliche Unterstützung und Hilfe in der Entscheidungsfindung sein.

Viele Betroffene berichten, von ihrem Umfeld unter Druck gesetzt oder von dem Gefühl alleine gelassen worden zu sein. Und die - sicher meist gut gemeinte - Phrase: "Egal, wie du dich entscheidest, ich/wir stehen hinter dir" löst bei vielen Frauen das Gefühl aus, wieder mit ihrem Problem alleine dazustehen.

Eine 3 tägige Bedenkzeit zwischen der Beratung und dem Eingriff würde die Frau daher wirklich in ihrer Selbstbestimmung fördern, sie vor Druck von außen schützen und ihr die Zeit geben, die solche emotional fordernden Ereignisse brauchen.

Ebenso wichtig wären eine offizielle Statistik und anonyme Motivforschung zu Schwangerschaftsabbrüchen, wie es sie in jedem europäischen Land gibt. Österreich ist neben Luxemburg das einzige Land, das noch keine solche Statistik hat. Das muss dringend geändert werden. Darauf aufbauend ist es dann möglich, den Frauen die bestmögliche Beratung und Betreuung zukommen zu lassen. Hier sollten auch Alternativen zur Abtreibung (z.B. Adoption/Pflege) und die Aufklärung über mögliche körperliche, medizinische und psychische (z.B. Depressionen, Schuldgefühle, Schlafstörungen) Folgen einer Abtreibung angesprochen werden. Denn eine Abtreibung hat schwerwiegende Wirkung, nicht nur auf das Kind, sondern auch auf die Frau.

Ein breitgefächertes Beratungs- und Unterstützungsangebot für Eltern, die ein Kind mit Behinderung erwarten, gehört hier ebenfalls dazu.

Auf diese soll vom Arzt in Zukunft verpflichtend hingewiesen werden, denn dies geschieht in der Praxis leider noch zu wenig. Frauen berichten, dass sie sich wahrscheinlich anders entschieden hätten, hätten sie um die rechtlichen, finanziellen sowie psychosozialen Unterstützungsmöglichkeiten gewusst und hätten sie mehr Bedenkzeit gehabt.

„Die Österreichische Evangelische Allianz steht voll und ganz hinter allen sechs Forderungen der parlamentarischen Bürgerinitiative #FAIRÄNDERN:

- 1. Offizielle Statistik und anonyme Motivforschung zu Schwangerschaftsabbrüchen in Österreich*
- 2. Hinweispflicht des Arztes auf Unterstützungs- und Beratungsangebote für schwangere Frauen*
- 3. Breitgefächertes Beratungs- und Unterstützungsangebot für Eltern*
- 4. Bedenkzeit zwischen Anmeldung und Durchführung eines Schwangerschaftsabbruches*
- 5. Informationskampagne über Adoption/Pflege als Alternative zum Schwangerschaftsabbruch*
- 6. Abschaffung der eugenischen Indikation."*

(Christoph Grötzinger, Generalsekretär der ÖEA.)

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an die Beauftragte für Lebensrechtsfragen der Österreichischen Evangelischen Allianz, Frau Michal Nöstlehner: Tel: +43 699 10686757